

## 12 Euro Mindestlohn – auf unbestimmte Zeit vertagt

Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar, durchgeführt im Auftrag des DGB, befürworteten 78 Prozent der Bundesbürger einen Mindestlohn von 12 Euro. Neben den Gewerkschaften und Sozialverbänden fordern die SPD, die Grünen und die Partei die Linke diese 12 Euro. Auch in anderen Parteien gibt es, wie die Umfrage zeigt, viele Befürworter. Es besteht also ein sehr breiter Konsens in der Bevölkerung, dass diese Forderung richtig ist. Eigentlich sollte das reichen, um realisiert werden zu können.

Jetzt im Juli hat die Mindestlohnkommission die Anhebung des Mindestlohns bis zum Ende des Jahres 2022 in vier Stufen beschlossen.

			<u>Erhöhung</u>
1.1. 2021 – 30.06. 2021	Mindestlohn	9.50 Euro	15 Cent
1.7. 2021 – 31.12. 2021	Mindestlohn	9.60 Euro	10 Cent
1.1. 2022 – 30.06. 2022	Mindestlohn	9.82 Euro	22 Cent
1.7. 2022 – 31.12. 2022	Mindestlohn	10.45 Euro	63 Cent

Die gesamte Erhöhung von 9.35 Euro auf 10.45 entspricht einer Steigerung von 11,76 Prozent. 2021 wird der Mindestlohn zunächst um 1,6 Prozent und dann um 1,05 Prozent angehoben, insgesamt um 2,65 Prozent. Diese minimale Steigerung ist ein Zugeständnis an die sich zur Zeit rasant vertiefende Wirtschaftskrise. Sie geht von der Hoffnung aus, dass die Wirtschaft sich 2021 erholt haben wird. 2022 soll dann der Mindestlohn um 8,8 Prozent steigen, weil offensichtlich ein neuer Aufschwung erwartet wird, u.a. durch die Hunderte von Milliarden Euro für den „Wiederaufbau“. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben hätte der Mindestlohn jetzt in einem Schritt erhöht werden müssen. Aber die Vertreter des DGB haben der schleichenden Anhebung zugestimmt und freuen sich über den

Prozentsatz riesig. „Das ist ein deutlicher Schritt, um schneller zu den geforderten 12 Euro zu kommen“ erklärt das Vorstandsmitglied des DGB und Mitglied der Mindestlohnkommission Stefan Körzell.

Ist es das wirklich?

Ab 2021 wird der Mindestlohn bis Ende 2022 halbjährig erhöht. Die durchschnittliche halbjährige Erhöhung beträgt 2,9 Prozent. Bei Fortsetzung dieses Tempos würde erst 2025 das Ziel 12 Euro erreicht. Körzell setzt anscheinend voraus, dass es keine tiefe Weltwirtschaftskrise gibt, die durch den weltweiten Kampf zur Eindämmung von Corona-Infektionen massiv verschärft wird.

Doch die Hoffnungen, die der DGB weckt, sind auf Sand gebaut. Die Mindestlohnkommission, in der der DGB mitarbeitet, orientiert sich an der Lohnentwicklung. In jeder Weltwirtschaftskrise sinkt das Lohnniveau und die Arbeitslosigkeit steigt. Damit müsste dann auch der Mindestlohn und alle anderen Größen, die sich an der Lohnentwicklung orientieren, wie z.B. die Renten, sinken. Die 12 Euro, die der DGB in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden, statt durch eine Mobilisierung der Lohnabhängigen zu erreichen hofft, schwinden in die Ferne. Massendemonstrationen fallen im Übrigen mit Zustimmung des DGB den

Corona-Regeln zum Opfer. Vor der Krise, in Zeiten guter Konjunktur, wären Massendemonstrationen für zwölf Euro möglich und notwendig gewesen. Das Interesse daran war jedoch gering.

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne  
24.08.2020